

## Noch einmal: Theologie und Politik

### Vier gegen Einen

Herr Künzli hat seinen Degen niedergelegt. Die Replik gegen unsere Stellungnahme zur Frage, ob es richtig sei, den deutschen Theologen Helmut Gollwitzer an die Universität Basel zu berufen (vergleiche «Theologie und Politik» in der Samstag/Sonntagsausgabe der «Basler Nachrichten» vom 24./25. Juni 1961, Nr. 263), ist in der «National-Zeitung» vom 2. Juli 1961, Nr. 299, vier Persönlichkeiten übertragen worden. Zwei von ihnen, Professor Eduard Thurneysen und Pfarrer Emanuel Kellerhals, sind praktizierende Theologen, einer — Rolf Eberhard — war, bevor er Journalist wurde, reformierter Pfarrer, und einer, Professor Dr. Walter Muschg, ist Ordinarius für deutsche Literaturgeschichte an der Universität Basel.

Wir wissen beides zu schätzen, die Ehre dieses erstklassigen Aufgebots und den sachlichen Ton, dessen sich — bei aller Bestimmtheit ihrer Aussagen — mindestens drei der Schreibenden befleißigten. Wenn wir noch einmal zur Feder greifen, so nicht deshalb, weil wir das letzte Wort behalten möchten. Wir halten es für nötig, die Bilanz zu ziehen, das heisst, abzuklären, ob unsere Einwände entkräftet worden sind. Darüber hinaus scheint es uns notwendig — schon im Hinblick auf ein paar Briefe, die uns aus dem Kreis der Gollwitzer-Anhänger zugekommen sind — einige Präzisierungen unseres eigenen Standpunktes vorzunehmen.

Wir hatten im Zusammenhang mit der Frage dieser Berufung hauptsächlich drei Bedenken angemeldet. Wir zweifelten daran, ob die wissenschaftliche Qualifikation einermassen im Gleichgewicht mit dem politisch-polemischen Rufe stünde, der Herrn Gollwitzer vorausgeht. Wir zweifelten deshalb daran, weil Professor Gollwitzer im Artikel des Herrn Künzli ausdrücklich als der Mann vorgestellt worden war, der keine Zeit gefunden habe, «Theologumena» zu verfassen. In jenem Artikel waren vornehmlich die politischen Seiten des Kandidaten als die verlockenden hingestellt worden.

Da uns aber bekannt war, dass der Präsident der Expertenkommission der Fakultät, Professor Dr. Fritz Lieb, dem Reporter Künzli das Material für seinen Panegyrikus geliefert hatte, schien uns die Abklärung dieses Punktes der wissenschaftlichen Qualifikation besonders dringlich.

Unser zweiter Vorbehalt bezog sich auf die politische Grundeinstellung des Kandidaten, sowie auf die Frage, warum die Formel verwendet werden konnte, Gollwitzer sei ein «Prokommunist». Endlich warfen wir ihm seine allzu pointierte, rein deutsch bezogene Betrachtung aller Dinge vor. Was für Antworten haben wir nun erhalten?

### Gollwitzer als Theologe

Professor Thurneysen und Pfarrer Kellerhals befassen sich mit der wissenschaftlichen Reputation Gollwitzers. Sehr dezidiert schreibt Professor Thurneysen, Gollwitzer «diene der Wissenschaft, und nur ihr». Es könne folglich keine Rede davon sein, dass mit seiner Berufung ein echtes durch ein bloss proklamiertes Genie ersetzt würde. Im Gegenteil, Gollwitzer repräsentiere gerade das gute wissenschaftliche Handwerk, das uns jetzt nottue. Das klingt wesentlich anders als die vom Präsidenten

gesehen «besser» sind als das absolute und totalitäre System des Kommunismus.

Wir suchten bei Gollwitzer nach dieser Einsicht — und wir finden sie nicht. Wir finden sie auch nicht in der Zitatensammlung, die Professor Max Geiger zusammengestellt hat und die uns erst vor Augen kam, als der frühere Artikel geschrieben war. Gewiss, es gibt in dieser Sammlung den wichtigen Satz, dass der Christ gegenüber der rein funktionellen Auffassung vom Menschen, wie sie im Kommunismus gilt, für die wahre Freiheit und die Unantastbarkeit jedes Menschen einzutreten habe.

Diese Forderung bezeichnen wir, neben der Forderung des Rechtsstaates, als eine Säule des westlichen politischen Humanismus christlicher Herkunft. Dass es auch in einer freien Gesellschaft nicht an Versuchen mangelt, solche Säulen zu untergraben, ist uns bekannt. Für uns liegt aber der entscheidende Unterschied zwischen der freien und der kommunistischen Staatsform darin, dass die Zerstörung der Grundlagen für die Unantastbarkeit des Menschen im Westen offen bekämpft werden kann, wogegen dieser Kampf im kommunistischen Osten im Prinzip bereits verloren ist. Dort, wo der kommunistische Staat noch zögert, die Zerstörung zu vollenden, tut er es dank dem Umstand, dass er — wegen des Vorhandenseins der freien Welt — Rücksichten nehmen muss. Deshalb muss sich nach unserer Ueberzeugung der Christ dort, wo er das noch tun kann, nämlich in der freien Welt, mit aller Entschiedenheit dem Kommunismus widersetzen. Das hat mit «abendländischem Kreuzzug» nichts zu tun.

### «Die Gnade des Nullpunktes»

Gollwitzer sieht, wie wir der erwähnten Zitatensammlung weiter entnehmen, sein Ideal vom bestmöglichen Staat dort Wirklichkeit werden, wo — wie er sagt — «die Gnade des absoluten Nullpunktes» erreicht wird. Wie ausgesprochen deutsch ist das gedacht! Es ist das, was uns gegenüber einmal Heinemann sagte, Deutschland müsse «auf sich selbst zurückfallen». Ein Begriff der persönlichen evangelischen Erfahrung wird einfach auf das politische Geschehen übertragen. Es ist aber nicht nur deutsch, sondern idealistisch, theoretisch und revolutionär. Der russische Sowjetstaat wurde aus der Situation der «tabula rasa» neu geschaffen. Dasselbe Ziel schwebte den Nazis mit dem «Dritten Reich» vor. Gollwitzer begeistert sich für das weitere Beispiel, für Israel. Auch dort haben wir den ideell konzipierten, aus dem absoluten Nullpunkt der Wüste erschaffenen Staat. Es ist abermals bezeichnend für seinen Hang zur konstruierten, extremen politischen Theorie, dass Gollwitzer das Werden Israels mit der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland vergleicht. Ihm fehlt, wie seinem grossen Vorbild Karl Barth, die Beziehung zur Geschichte.

Wir verlangen von der Theologie nicht, sie habe den Politikern antikommunistisches Rüstzeug zu liefern. Das liefert ihnen Chruschtschow in Fülle. Wir verlangen nur, dass sie von der Behauptung ablässt, auf der evangelischen Goldwaage sei östlich und westlich gleich zu wägen, und das Nein des

und Politik sichtbar wird, ist die ausgesprochene Krise, in der sich sein Denken an diesem Punkte befindet. Wir sind der Ueberzeugung, dass die nächsten anderthalb Jahrzehnte zu den schwersten unserer bisherigen Geschichte und unserer schweizerischen Existenz zählen werden. Der «Nullpunkt» kann fast über Nacht über uns hereinbrechen. Diese Möglichkeit als «Gnade» zu bezeichnen — wir gestehen es offen —, dazu fehlt uns der Mut. Uns käme sie vor als das Gericht. Wir halten es nicht für christlich, Gnade oder Gericht herauszufordern.

Weil die Dinge einen so ernsten Aspekt haben, kann es uns nicht gleichgültig sein, ob der Lehrstuhl für Systematische Theologie einem Manne anvertraut wird, der die befriedigende Antwort für das Verhalten des Christen in der Politik in dieser Zeit noch nicht gefunden hat.

### Die Freiheit des Geistes

Eine Schlussbemerkung müssen wir Professor Muschg widmen. Er sieht mit der politischen Fragestellung zu dieser Berufung die Universität als Stätte des freien Geistes bedroht.

Ueber die Universität als Stätte des freien Geistes lässt sich tatsächlich im Zusammenhang mit der Gollwitzer-Frage etwas sagen. Gehen wir — was ja auch in der Wissenschaft erlaubt ist — von einer Hypothese aus. Nehmen wir an, Gollwitzer wäre, mit allen ihm zugehörigen wie ihm zugesprochenen Eigenschaften, ein liberaler Theologe. Wie sähen in diesem Falle Fragestellung und Fronten aus? Was würde in diesem Falle über seine politische Grundhaltung zu lesen sein? Hätten dann nicht mindestens zwei der erwähnten Verteidiger diesmal in den «Basler Nachrichten» das Wort ergriffen, Seite an Seite mit dem Schreibenden?

Der geneigte Leser merkt, worauf wir hinauswollen: Mit der Geistesfreiheit an den Universitäten hat es eine eigene Bewandnis. Jede «Schule» fordert sie für sich, dann aber exklusiv. Die verschiedenen Richtungen und Schulen pflegen sich auf bestimmte Universitäten traditionell zu verteilen. Der Wille nach wissenschaftlicher Wahrheit paart sich mit dem Hang nach dem einwandfreien Glaubensbekenntnis — längst nicht nur bei den Theologen. Im Kampf der Schulen gegeneinander hört fast in allen Fakultäten die Toleranz auf.

Diese enge Bedingtheit von Wahrheit und Glaubensbekenntnis ist bei den Theologen weitaus am ehesten angebracht. Schliesslich kann es nicht gleichgültig sein, wie ein theologischer Wissenschaftler die Gestalt Jesu sieht. Karl Barths Ruhm beruht darauf, dass er die theologischen Grundbegriffe neu durchdacht und durch eine neue Beziehung von Wahrheit und Glauben der liberalen Richtung des neunzehnten Jahrhunderts eine totale Niederlage bereitet hat. Ob diese Totalität freilich nur zum Nutzen und Frommen seiner eigenen Richtung ausgeschlagen hat? Diese Frage drängt sich auf angesichts der Tatsache, dass Karl Barth heute zwar sagen kann, die Pfarrer ganzer Kantone bekennen sich ausschliesslich zu «seiner Richtung», er trotzdem aber keinen Nachfolger schweizerischer Nationalität für seine Professorenkanzeln anzumelden hat.

Doch zurück zur «Richtung». Die Mehrheit der

## Reichhaltiges Sommerpensum für die Parlamentarier

Ag. Im Hinblick auf die September-Session der Bundesversammlung, die am Montag nach dem Eidgenössischen Bettag beginnen wird, sind rund 40 Sitzungen der Delegationen und Kommissionen der beiden Kammern des Parlaments anberaumt worden. Von diesen Tagungen in der Zeit vom 12. Juli bis 14. September sollen zwei Dutzend in der Bundesstadt und die übrigen auswärts abgehalten werden. In sieben Fällen, wovon vier die Finanzdelegation oder ihre Sektionen betreffen, werden die Ausschüsse der beiden Räte gemeinsam tagen. Eine Anzahl Vorlagen, die in der Herbstsession zur Behandlung kommen sollen und für welche die vorberatenden Kommissionen bereits gebildet wurden, stehen allerdings noch aus. So hat der Bundesrat namentlich noch die Botschaften über die Verstärkung der Fliegerabwehr, den Militärdienst der Auslandschweizer, den Hilfsdienst und die Instruktionsdienste sowie den materiellen Bericht zum Volksbegehren für ein Verbot der Atomwaffen — die dreijährige Frist läuft Ende April 1962 ab — zu verabschieden.

Zur Vorberatung der Revision des Beamtengesetzes ist die Kommission des Nationalrates auf den 12. Juli und diejenige des Ständerates auf den 11. September ebenfalls nach Bern einberufen worden. Die neuen Vorschläge zur Erhebung eines Zollzuschlages auf Treibstoffen werden am 13. Juli Gegenstand der Beratungen der nationalrätlichen und am 7. September der ständerätlichen Kommission in Bern bilden. In Lenzerheide wird am 17. August die Kommission des Ständerates, dem die Priorität zufällt, die Prüfung der vorgeschlagenen Aenderung des ersten Teils (Krankenversicherung) des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes in Angriff nehmen. Die Kommission des Nationalrates, dem für die Behandlung der beantragten Anpassung der Post- und Telephontaxen der Vortritt zukommt, wird am 22. August in Sedrun zusammen-treten. Ein weiteres Prioritätsgeschäft des Nationalrates, dessen Kommission am 1. September nach Bern einberufen werden soll, bildet das im Frühjahr 1959 eingereichte Volksbegehren für ein Verbot der Atomwaffen. Ferner hat der Nationalrat zuerst das Abkommen über spanische Arbeitskräfte in der Schweiz zu behandeln; seine Kommission wird sich am 25. August in Luzern und die des Ständerates am 11. September in Bern versammeln. In Flims wird am 22. August die ständerätliche Kommission zum Verfassungsartikel über Natur- und Heimatschutz Stellung nehmen. Die Militärkommissionen beider Kammern werden am 26. August in Thun Demonstrationen beiwohnen, und diejenige des Nationalrates wird zwei Tage später in Spiez die Erörterung der verschiedenen Vorlagen des Eidgenössischen Militärdepartementes fortsetzen. Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass die Kommission des Nationalrates zur Vorberatung des Entwurfes zu einem Arbeitsgesetz auf den 16. August nach Pontresina zwecks Weiterführung ihrer Arbeiten einberufen worden ist.

unterlaufen, und was er geschrieben habe, sei — mit Verlaub — falsch.

Und wenn Professor Muschg behauptet, die Intoleranz sei das Unglück unserer Zeit, so erinnere ich ihn daran, dass eben das mit den Methoden der kommunistischen Politik zusammenhängt, dass aber die «Basler Nachrichten» immerhin seinerzeit den, auch von ihm zugunsten verurteilter französischer Schriftsteller verfassten Aufruf samt dem Appell jener Schriftsteller zur Verweigerung des Kriegsdienstes veröffentlicht hatten, und zwar in grosser Aufmachung.

fassen sich mit der wissenschaftlichen Reputation Gollwitzers. Sehr dezidiert schreibt Professor Thurneysen, Gollwitzer «diene der Wissenschaft, und nur ihr». Es könne folglich keine Rede davon sein, dass mit seiner Berufung ein echtes durch ein bloss proklamiertes Genie ersetzt würde. Im Gegenteil, Gollwitzer repräsentiere gerade das gute wissenschaftliche Handwerk, das uns jetzt nottue. Das klingt wesentlich anders als die, vom Präsidenten der Expertenkommission inspirierte Empfehlung geklungen hatte.

Wir nehmen es lediglich zur Kenntnis, da wir uns ein Urteil über die wissenschaftliche Qualifikation des Umstrittenen nicht anmassen. Wenn Professor Thurneysen noch erwähnt, er habe mit Gollwitzer in Berlin ein Seminar über Predigtarbeit geleitet, und wenn er Gollwitzer einen Prediger nennt, unter dessen Kanzel die Gemeinde sich so zahlreich sammle, wie es in der kirchlich wenig lebendigen Gemeinde der Großstadt selten sei, so lässt diese Feststellung darauf schliessen, dass Gollwitzer gewiss ein Kanzelredner ist, sie sagt aber nichts aus über den systematischen Theologen.

Pfarrer Kellerhals schreibt, Gollwitzer bemühe sich um eine Antwort auf die Frage, was eigentlich unsere heutige christliche Weltanschauung sei, und sieht Gollwitzers Arbeit sich auf dieses Ziel hin entwickeln. Er ergänzt, Karl Barth habe Studenten aus aller Welt nach Basel gezogen, und Gollwitzer würde diese Tradition fortsetzen. Der Einwand ist wohl erlaubt, dass der weltweite Ruf zwar eine erfreuliche Folge, nie aber der Hauptzweck einer Lehrtätigkeit an der Theologischen Fakultät sein kann. Hauptaufgabe des Inhabers des Lehrstuhls für systematische Theologie ist, Pfarrer ausbilden zu helfen, die hernach in irgendeiner Gemeinde Diener am Wort zu sein vermögen. Wenn die Art und Weise der wissenschaftlichen Lehrtätigkeit überragend ist und als Anziehung wirkt, so ist das zu begrüssen. Aber die Anziehungskraft muss wissenschaftlich begründet sein.

Im übrigen sei der Vollständigkeit halber folgendes festgehalten: die Fakultät hatte sich — entgegen anders lautenden Behauptungen — nicht einstimmig hinter die Empfehlung Gollwitzers gestellt. Die Bedenken, die gegen die Kandidatur geäussert wurden, sollen vornehmlich wissenschaftlicher Art gewesen sein.

### Beschwichtigt, aber nicht entkräftet

Unsere zweite und für uns wichtigste Frage betraf Gollwitzers Einstellung zu den Grundproblemen der Politik. Auf diese Frage haben drei der erwähnten Verteidiger zwar beschwichtigend geantwortet. Unsere Einwände hat aber keiner entkräftet. Mit den Ausführungen von Professor Muschg möchten wir uns gesondert befassen.

Da wir in den allgemein gehaltenen Ausführungen von Rolf Eberhard zwar verschiedenes finden, dem wir zustimmen, aber kein Eingehen auf die Frage, wie sich Gollwitzer zum Problem der christlich-evangelischen Existenz des politischen Menschen unserer Zeit innerhalb der Verantwortlichkeit am freien Staat einstellt, so müssen wir noch einmal versuchen, zu erläutern, warum wir dieses Anliegen für dringlich halten.

Gehen wir negativ vor: es geht uns nicht um den «christlichen Trost», nicht um das christliche Abolutionsbedürfnis des Politikers für seine Untaten. Es geht uns auch nicht darum, die schweren Schäden der freien Gesellschaftsform zu beschweigen oder die Kritik an ihnen mundtot zu machen. Es geht darum, den freien und selbständigen Anspruch der Kirche auf den Menschen vorbehaltlos anzuerkennen, aus diesem Grunde aber im Prinzip auch den freiheitlichen Staat, die geltende pluralistische Gesellschaft des Westens, sowie die Trennung von Staat und Gesellschaft als Errungenschaften zu betrachten, die von einem christlichen Standort aus

seinem grossen Vorbild Karl Barth, die Beziehung zur Geschichte.

Wir verlangen von der Theologie nicht, sie habe den Politikern antikommunistisches Rüstzeug zu liefern. Das liefert ihnen Chruschtschow in Fülle. Wir verlangen nur, dass sie von der Behauptung ablässt, auf der evangelischen Goldwaage sei östlich und westlich gleich zu wägen, und das Nein des westlichen Politikers zum Kommunismus verträge sich nicht mit einer evangelischen Haltung.

Das gilt auch in der Frage der sogenannten Kontakte. Dass jeder Christ, der in persönlichen Kontakt mit einem überzeugten Kommunisten kommt, diesen ernst zu nehmen und das Gespräch mit ihm zu führen hat, ist für uns selbstverständlich. Dass der Christ, der unter kommunistischen Verhältnissen lebt, derartige Kontakte nicht ablehnen kann und nicht ablehnen soll, ist ebenfalls selbstverständlich. Aber weshalb soll er die Gespräche mit der Beteuerung anfangen, der Westen sei mindestens ebenso schlecht wie der Osten?

Vor allem aber, man halte doch derartige menschliche Kontakte und die als Mittel der kommunistischen Politik organisierten auseinander. Man höre doch endlich damit auf, diese organisierten Kontakte zu verharmlosen und irgendeinem westlichen Gespräch gleichzusetzen. Wir nennen christlich den Mut, beides klar zu erkennen, die bestimmte Gebrochenheit des Westens und die macht- und zielbewusste Angrifflichkeit des Kommunismus, und ob solcher Erkenntnis den Willen zur Rettung der westlichen Existenz und zur entschiedenen Abwehr des ideologischen und politischen kommunistischen Angriffes nicht zu verlieren.

Auf unsern Vorwurf, Gollwitzer leide in hohem Masse an der deutschen Selbstbezogenheit, ist keiner seiner vier Verteidiger eingegangen. Wir entnehmen ihrem Stillschweigen, dass die Vier einsehen, wie schwierig es ist, diese Behauptung zu entkräften. Die Zitate über Gollwitzers Sicht der deutschen Entwicklung seit 1945, die Professor Geiger bringt, sind ein eindeutiges Zeugnis für unsere Behauptung. Es geht dieser Betrachtungsweise jede Fähigkeit ab, den deutschen Zusammenbruch und die deutsche Zerteilung als logische Folge der Entwicklung der deutschen Politik seit 1870 zu sehen. Es werden da Spekulationen auf eine mögliche Haltung der Sowjetpolitik gemacht, die einfach nicht zur Kenntnis nehmen, wie die Weltlage und der politische Kredit Deutschlands zwischen 1945 und 1950 beschaffen waren.

Für den Menschen, der in der politischen Verantwortung irgendeines freien Landes steht, und der darum ringt, seine evangelische und seine politische Existenz in Uebereinklang zu halten, handelt es sich darum, der Angrifflichkeit eines machtmässigen mit letzter, moderner Konsequenz durchorganisierten Systems zu widerstehen. Er wird vorbehaltlos anerkennen, dass die Lage anders ist für den Christen hier und für den Christen hinter dem Eisernen Vorhang. Aber er kann sich von den Dienern am Wort nicht ständig vorwerfen lassen, nur eine «weiche Richtung» sei christlich, jede andere sei suspekt.

Ist nun aber die Frage abgeklärt, wo der Theologe Gollwitzer steht gegenüber jenen geschichtsphilosophischen Theorien, die Hromadka in seiner Schrift «Evangelium für Atheisten» entwickelt hat? Warum gibt es so viele evangelische Theologen, die diese Schrift nicht kennen und die Folgen jener Theorie nicht überdenken? Weshalb wird der Politiker, der sich ernsthaft um die Klärung der Begriffe der politischen und der evangelischen Existenz in dieser Zeit bemüht, nie eine Antwort von seiten der von den Ostkontakten schwärmenden Theologen bekommen? Weil diese es unter ihrer Würde halten, solches zur Kenntnis zu nehmen.

Was für uns an Gollwitzers Einstellung zu Staat

nur zum Nutzen und Frommen seiner eigenen Richtung ausgeschlagen hat? Diese Frage drängt sich auf angesichts der Tatsache, dass Karl Barth heute zwar sagen kann, die Pfarrer ganzer Kantone bekennen sich ausschliesslich zu «seiner Richtung», er trotzdem aber keinen Nachfolger schweizerischer Nationalität für seine Professorenkanzeln anzumelden hat.

Doch zurück zur «Richtung». Die Mehrheit der Theologischen Fakultät nimmt die Frage nach der echten Richtung so ernst, dass sie gegenüber Gollwitzer alle andern Bedenken zurückstellt. Weshalb aber stösst sie sich daran, wenn die Politik ihrerseits nach der «rechten Richtung» des Kandidaten fragt? Warum soll es undiskutabel und selbstverständlich sein, dass unsern Theologiestudenten nur ein richtungsklarer Mann geboten werden darf, wogegen dem Politiker zugerufen wird, die politische Haltung Gollwitzers gehe ihn nichts an, oder sie sei belanglos, und man müsse einfach Vertrauen in die politische Urteilsfähigkeit der Studenten haben? Da wird offensichtlich mit verschiedenen Meterstäben gemessen.

Nun kommt Professor Muschg, der selbst einen entschiedenen Sinn für das besitzt, was die einzig diskutierbare Richtung in der Wissenschaft ist, und ärgert sich darüber, dass es auch in der Politik Leute gibt, die ihrerseits für klare Richtungen eintreten. Es sei die gefährliche Zumutung an die Universität, und zwar in allen Ländern — schreibt er —, dass der Anspruch der Politiker es nicht zulasse, «dass man anders denkt als sie. Ihre Intoleranz ist das Unglück unserer Zeit, mit den Vokabeln des Kalten Krieges kann man auch bei uns in der Schweiz viel erreichen.»

Entzieht sich Herr Muschg der Erkenntnis, wer den Kalten Krieg erfunden hat? Verlangt er, dass dem Universitätslehrer als Bürger eine Vorzugstellung eingeräumt werden soll, wonach er auch in politischen Dingen ex cathedra reden darf und Widerspruch nicht erlaubt ist, selbst wenn er politisch unhaltbare Dinge sagt?

Wenn Karl Barth zum Beispiel ein gewaltiges Buch schreibt über den Römerbrief und ich dieses Buch mit Gewinn lese, so halte ich dem wissenschaftlichen Kritiker, der es mir verleiden möchte, entgegen, seine Einwände seien vielleicht richtig, mich aber habe das Buch nicht nur fasziniert, sondern es habe mir weitergeholfen.

Wenn Walter Muschg eine «Tragische Literaturgeschichte» verfasst, und es kommt vielleicht ein anerkannter Dichter und sagt mir, sie sei zu einseitig und zu polemisch, so werde ich ihm antworten, das sei durchaus möglich, aber anregend in höchstem Grade sei sie trotzdem.

Wenn dann aber derselbe Karl Barth in einer Zeitung der deutschen Sowjetzone (was er getan hat) schreibt, er sehe nicht ein, weshalb Deutschland nicht neutralisiert werden könne, «die Schweiz sei auch neutral», so werde ich ihm als Politiker antworten, es sei ihm ein fatales Missverständnis

toleranz sei das Unglück unserer Zeit, so erinnere ich ihn daran, dass eben das mit den Methoden der kommunistischen Politik zusammenhängt, dass aber die «Basler Nachrichten» immerhin seinerzeit den, auch von ihm zugunsten verurteilter französischer Schriftsteller verfassten Aufruf samt dem Appell jener Schriftsteller zur Verweigerung des Kriegsdienstes veröffentlicht hatten, und zwar in grosser Aufmachung.

Es geht wirklich nicht an, einen Professor der Theologie zu rühmen, weil er unaufhörlich zu politischen Problemen auf seine Weise Stellung nimmt, von der Politik aber zu erwarten, sie habe einfach dazu zu schweigen, und zwar ehrfurchtig, weil der Herr Verlautbarer ein Professor ist. Wir lassen der Wissenschaft und jeder wissenschaftlichen Disziplin ihr Recht auf Kampf und Einsatz um die «beste Richtung». Aber wir beanspruchen dieses Recht im Zeitalter totaler Richtungslosigkeit und des westlichen Kokettierens mit der Richtungslosigkeit auch für uns. Peter Dürrenmatt

### Mit der Kirche im Dorf bleiben, bitte!

Man schreibt uns: Gerade, wer es aufrichtig bedauert, dass die Berufung des Nachfolgers von Karl Barth nicht in der Stille der zunächst zuständigen Gremien erfolgen konnte, sondern öffentlichen Meinungsstreit herausfordern musste, der kann nicht schweigen, wenn die Theologische Fachschaft fordert, in der Person Gollwitzers «möge der bedeutendste Schüler ihres grossen Lehrers Karl Barth dessen Nachfolger werden».

«Der bedeutendste Schüler»? Wenn das einer ist, dann doch wohl eher der als führender Kierkegaard-Forscher und durch seine magistrale «Theologie als kirchliche Wissenschaft» (Band I, 1951; Band II, 1955) ausgewiesene Tübinger Hermann Diem. Und wenn der bedeutendste selbständige, jüngere «Barthianer» ausserhalb des eigentlichen Schülerkreises hätte gewonnen werden können, dann wäre das gewiss der (in Göttingen tätige) Wiener Ernst Wolf gewesen, der aber leider nicht zu haben war. Beide teilen zwar die politische Links-Schlagseite des Meisters; aber bei beiden hätte daran schwerlich jemand Anstoss genommen, weil beide als überragende Lehrer der Theologie für die jungen Theologen ausgewiesen sind. (Auch leidet weder der Schwabe noch der Oesterreicher an «Germa-nozentritis».)

Gollwitzers ritterliche Verteidiger (von denen zu schweigen, die mehr aus Gründen ihrer politischen Tendenz für ihn Lanzen brechen) sollten also doch lieber mit der Kirche im Dorf bleiben und vermeiden, durch masslos übertriebenes Lob vollends auf den Niveauunterschied zwischen Meister und Schüler aufmerksam zu machen. Muss denn überhaupt notwendigerweise ein Schüler des einzigartigen Meisters auch dessen Nachfolger werden? Muss eine «Richtung-Tradition» in Basel gepflegt werden? Wäre der Sache, um die es geht, nicht am Ende besser gedient, wenn ein tüchtiger Theologe ausserhalb der «Schule» für Basel gewonnen und «ein Neues gepflügt» würde?

Jene zuständigen Gremien täten gewiss gut, wenn sie jenseits aller Zwängerei die Barth-Nachfolge unter diesem Gesichtspunkt in Wiedererwägung zögen.

Auch ein Freund der Theologie

## Badaufseher, die nicht schwimmen können...

Aussprache über Mängel im Rettungswesen

efs. Wenn der Krankenwagen schon wenige Minuten nach dem Alarm am Unfallort eintrifft, wenn ein Helikopter der Rettungsflugwacht einen verunglückten Bergsteiger in überraschend kurzer Zeit direkt ins Spital fliegt, so verfehlt das seinen Eindruck weder beim Beobachter noch beim Leser entsprechender Meldungen. Die Öffentlichkeit ist vom raschen und reibungslosen Funktionieren unserer Rettungsdienste fest überzeugt. Dann und wann werden allerdings Stimmen laut, die sich danach erkundigen, was zum Beispiel bei Lawinenunfällen getan werde. Dass auch die

Fachleute von ernster Sorge erfüllt sind, zeigte eine von der TCS-Sektion Zürich einberu-

fene Aussprache, an der unter anderen die Aerzte-Kommission der Schweizerischen Lebensrettungsgesellschaft und der Rettungsflugwacht, Unfalldirektoren führender Versicherungsgesellschaften, Vertreter der Schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung in Bern, Beobachter des ACS, Polizeioffiziere und Gerichtsmediziner teilnahmen. Den Anstoss zur Aussprache gab die beunruhigende Feststellung der genannten Aerzte-Kommission, «dass immer wieder

schwerwiegende Unzulänglichkeiten

beim Einsatz von Rettungsmannschaften, bei deren Ausrüstung und der Einleitung und Durchführung von Rettungsmassnahmen am Unfallort wie auch beim Ab-